

# Wiesbadener Tagblatt.

Berlag Langgasse 25/27.  
„Tagblatt-Haus“.  
Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens  
bis 8 Uhr abends.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Preisveränderung:  
„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.  
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.  
Sonntags von 9-11 Uhr vormittags.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 60 Pf. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Frangobrief.  
2 Pf. 50 Pf. vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, auswärts 3 Pf. 50 Pf. halbjährlich durch alle deutschen Postämter, auswärts 6 Pf. 50 Pf. jährlich durch alle deutschen Postämter, auswärts 12 Pf. 50 Pf. für alle auswärtigen Postämter. Ganzjährlicher Preis 60 Pf. 50 Pf. für alle auswärtigen Postämter. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatte.



Anzeigenpreis für die Zeile: 15 Pf. für letzte Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Meiner Anzeiger“ in einheitlicher Spalte; 20 Pf. in beiden abweichender Spaltenanordnung, sowie für alle übrigen letzten Anzeigen; 30 Pf. für alle sonstigen Anzeigen; 1 Pf. für letzte Reklamen; 2 Pf. für auswärtige Reklamen. Ganzjährlicher Preis 120 Pf. für alle Anzeigen, durchlaufend, nach dreimonatlicher Vorzahlung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatte.

Nr. 475.

Wiesbaden, Dienstag, 12. Oktober 1909.

57. Jahrgang.

## Morgen-Ausgabe. 1. Blatt.

### Germanische Verbrüderung?

Anlässlich der Hudson-Feier in New York haben zahlreiche Vansette stattgefunden, bei denen es natürlich nicht an Trinksprüchen gefehlt hat, und merkwürdig, während unsere hohen Offiziere und Beamten in Deutschland, wenn sie wirklich einmal in die Lage kommen, eine Rede zu halten, sich meist recht knapp fassen, so haben sie völlig andere Menschen geworden zu sein, sobald sie der Atlantische Ozean von der Heimat trennt. Man hat früher nie etwas davon gehört, daß der Großadmiral v. Köster, dessen Verdienste um die deutsche Kriegsmarine hoch anerkannt sind, ein glänzender Redner gewesen wäre, und siehe da, als Vertreter des Kaisers zu der New Yorker Jubelfeier entsandt, war er unermüdlich in seinen Trinksprüchen, überall wo etwas los war, war er zur Stelle und versuchte nicht, durch gute Reden die Amerikaner zu erfreuen und bei ihnen Sympathie für Deutschland zu erwecken. Fast jeden Tag mußte das Stachel von einer neuen Rede Kösters zu berichten, und man muß zugeben, daß der Genannte sich auch auf diesem Felde gar trefflich bewährt, denn die Amerikaner sind voll freundlicher Anerkennung Deutschlands und seines trefflichen Vertreters. Es wäre dringend zu wünschen, daß diese Stimmung nicht mit dem Festesjubel verräuchern möchte und daß dieses Moment aus den Feiern sich für die Dauer in die Herzen der Amerikaner einprägt und daß man es sich immer wieder vor Augen führt. Hat dies doch selbst ein bisher deutschfeindlicher Admiral wie Herr Evans eingesehen, welcher erklärte, er habe früher immer in Deutschland einen Feind der nordamerikanischen Union gesehen, nunmehr sei er aber anderer Überzeugung geworden und stehe nicht an, noch den gesehenen Proben die hohe Tüchtigkeit der deutschen Marine anzuerkennen.

Zu einer ganz besonderen Rundgebung gestaltete sich aber das Festbankett, das von den Deutschen New Yorks veranstaltet wurde und dem erfreulicherweise auch Vertreter der anderen zur Feier erschienenen Geschwader bewohnten. Es ist begreiflich, daß in den bei dieser Gelegenheit gehaltenen Festreden vornehmlich Deutschlands und seines Kaisers gedacht wurde, aber immerhin ist es charakteristisch, in welcher Form dies geschah. Der New Yorker Bürgermeister hielt eine zündende Rede auf die Friedensliebe des deutschen Kaisers, wobei er hinzufügte, daß Großadmiral v. Köster die Herzen der New Yorker im Sturm erobert habe, eine Erklärung, die angesichts der übrigen Blottendies doppelt ins Gewicht fällt, selbst wenn man den Ort der Ansprache berücksichtigt, und nun kam eine seltsame Szene, welche verdient, lange festgehalten zu werden. Groß-

admiral v. Köster gedachte des englischen Admirals Seymour, den er mit Stolz den Freund der deutschen Marine nannte, und dieser rebanchierte sich mit den bemerkenswerten Worten, daß freundschaftlicher Wettbewerb nicht Feindschaft und daß die Freundschaft zwischen den Deutschen und Engländern immerdar fortbestehen möge. Nachdem noch der Vertreter Österreichs auf die glänzendbewährte deutsche Bundesmarine sein Glas geleert hatte, betonte noch zum Schluß des früheren New Yorker Bürgermeisters Lob, daß, wenn Deutschland und England und Amerika Frieden hielten und die übrigen Staaten im Interesse des Friedens beeinflussten, der Weltfriede gesichert sei. Tatsächlich würde eine derartige Verbrüderung der germanischen Völkern eine ganze Welt den Frieden diktieren können, leider sieht aber die Wirklichkeit anders aus, und gerade England ist es, welches in dem deutschen Vetter einen gefährlichen Rivalen erblickt, den man unter Umständen niederhalten müsse. Auch in den Vereinigten Staaten will man trotz des großen Prozentfußes von Staatsbürgern deutscher Abstammung im allgemeinen von Deutschland nicht allzuviel wissen, und eine Verständigung auf wirtschaftlichem Gebiete wird angesichts der zum Teil widersprechenden Interessen vielleicht noch geraume Zeit auf sich warten lassen. So wäre es also immerhin noch gänzlich verfehlt, aus den schönen Trinksprüchen eine baldige Wendung der Dinge zu erhoffen, aber es wäre zu wünschen, daß sie als eine dringliche Mahnung in den Herzen aller genannten Nationen haften bleiben und daß man schließlich doch einmal zu der richtigen Würdigung einer Harmonie zwischen Deutschland, England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika käme.

### Militärische Jugendziehung in Frankreich.

Je mehr der französische Patriotismus zur Erkenntnis gelangt, daß die Wehrverhältnisse der Republik infolge der schwachen Zunahme der Bevölkerung und anderer Tatsachen sich stetig verschlechtern, desto eifriger sucht er in seiner Bedrängnis nach Mitteln, den drohenden Niedergang aufzuhalten. Die Regierung hat daher den gleichgebenden Körperschaften einen Gesetzentwurf unterbreitet, der die geistlich zu organisierte militärische Jugendziehung betrifft. In dieser Vorlage wird die Erziehung nach den Vorschriften eines gymnastischen Handbuchs betrieben, das für diese Zwecke besonders ausgeartet worden ist. Auch das Schießen mit Gewehr und Geschütz — es wird also jenseits der Vogesen in Zukunft auch jugendliche Artilleristen geben — soll praktisch und theoretisch gelehrt werden. Ebenso werden der Jugend die Elemente der Topographie und des Kartenlesens beigebracht. Weiter sind auch noch Marschübungen vorgesehen, und für die Vorbereitung „zum Dienst der berittenen Truppen“ gibt es

gar Reitunterricht und Unterweisung in der Hippologie und Pferdepflege. Wichtig ist ferner die vorgesehene Bestimmung, daß die militärische Jugendziehung bei allen öffentlichen Staatsgymnasien, wo „Schülergesellschaften“ gebildet werden, gepflegt wird. Außerdem sind besonders vom Kriegsministerium zu gründende Gesellschaften und andere, die den gesetzlichen Vorschriften entsprechen, in Aussicht genommen. Alle diese letztgenannten patriotischen Vereinigungen setzen sich aus jungen Leuten, die noch nicht gedient haben, aus Mannschaften der Reserve und Territorialarmee und Leuten, die bereits aus der Territorialarmee ausgeschieden sind, zusammen. Wie ernst man es mit diesen Organisationen nimmt, geht daraus hervor, daß die Gesellschaften in technischer Beziehung jedesmal dem General unterstellt werden sollen, der die regionale Subdivision des Bezirks befehligt, innerhalb dessen die Vereinigungen ihren Sitz haben. Auf Wunsch soll diesen auch ein Offizier als technischer Beirat gestellt werden, und bestimmte Revisionen sind ebenfalls in Aussicht gestellt. Mit diesen Bestimmungen würde man aber natürlich nur eine ideale Förderung der Jugendziehung erreichen. Deshalb mußte man weitergehen und hat daher auch praktische Beihilfe zugesagt. Man stellt ihnen Personal, Material und weist ihnen Übungsplätze zu. Das Personal wird dem Heere entnommen, und zwar nach Möglichkeit dem Beurlaubtenstande. Die Schießwaffen werden den Gesellschaften leihweise verabsolgt. Auch können Gewehre des Armeemodells gegen Erstattung des Selbstkostenpreises bezogen werden, und sogar die Munition soll entsprechend der im Budget vorgesehenen Summe innerhalb gewisser Grenzen umsonst geliefert werden. Man rechnet auf junge Leute unter 17 Jahren zwanzig Patronen, während die übrigen Mitglieder der Gesellschaften je vierzig Patronen jährlich „umsonst“ verschießen dürfen. Die Artilleriegesellschaften sollen 100 Geschosse kostenlos versetzen, während die Scheiben von den Truppen gegen Vergütung gestellt werden. Wie man jedoch aus den Munitionsbestimmungen ersieht, beruht vieles auf halben Maßregeln. Was sollen z. B. einem jugendlichen Schützen 20 Patronen? — Andererseits wieder steht unzweifelhaft fest, daß die Verleihung von Diplomen an junge Leute, die die spätere Prüfung durch eine Kommission für militärische Brauchbarkeit bestanden haben, und andere Anerkennung seitens der Behörden ihren Reiz ausüben werden. — Die Ansichten über die Nützlichkeit solcher Vorbereitungen, die vielfach in Spielereien ausarten können, und viel Zeit beanspruchen, die besser verwendet werden könnte, sind geteilt. (Bei uns sind die Erfahrungen mit der Jugendwehr nicht die besten.) Man wird gespannt sein können, welche Resultate man in Frankreich erzielt. Für uns können wir nur wünschen, daß man zunächst alle körperlichen Übungen reglementiert und obligatorische Fortbildungsschulen, verbunden mit Leibesübungen, im ganzen Reiche einführen möge!

### Fenilleton.

#### Wie die Tiere nach Hause finden.

Seit langem beschäftigt die Naturgeschichte die Frage, ob die Tiere einen besonderen Sinn haben, der sie befähigt, ihren Weg nach Hause zu finden. Die Tatsache, daß Tiere aus weiten Entfernungen nach ihrem Ausgangspunkt zurückkehren, ist ja durch viele Beispiele erwiesen; aber das wissenschaftliche Problem liegt darin, ob der Weg, den sie zurücklegen, ihnen vorher bekannt sein muß. Zu diesem Thema nimmt der Professor für vergleichende und experimentelle Psychologie an der Johns-Hopkins-Universität, John W. Watson, in einem Aufsatz von „Harper's Magazine“ Stellung und teilt dabei überraschende Resultate mit, die er bei seinen ganz neuartigen Experimenten gewonnen hat. Unter den Tieren, denen ein besonderer Heimatsinn zugeschrieben wird, zeichnen sich vor allem die Vögel aus, die in einem glücklichen Heim leben, und daher ängstlich darauf bedacht sind, zu ihrem Nest, ihren Jungen, oder ihren Eiern zurückzukehren. Alle Wandervögel, wie die Wanderrösel, die Wildgänse, Maienthener usw., müssen einen solchen Instinkt besitzen. Doch sind bis jetzt die hauptsächlichsten Experimente mit Brieftauben gemacht worden, die im Krieg, im Sport und in der Wissenschaft vielfach Verwendung gefunden haben. Ein anderer Vogel, der einen solchen ausgeprägten Heimatsinstinkt besitzt, ist der große Fregattvogel, der wahrscheinlich von gewissen ozeanischen Stämmen jahrhundertlang zum Überdringen von Vorkontinenten benutzt wurde. Dieser sehr starke und hoch fliegende Vogel, der zudem tagelang ohne Nahrung bleiben kann, ist fähig, die weitesten Strecken über den Ozean zurückzulegen. Bei den Säugtieren gibt es einige außerordentlich interessante Fälle, in denen Hunde und Katzen aus Entfernungen von 3 bis 50 englischen Meilen nach Hause zurückgeführt sind. Der große französische Naturforscher Fabre erzählt von zwei erwachsenen männlichen Katzen, die nach einem drei-

Meilen entfernten Haus in eine ihnen völlig fremde Nachbarschaft gebracht wurden, und nachdem sie zwei Wochen auf das Beste versorgt worden waren, doch unverzüglich und in möglichst grader Linie nach ihrem früheren Heim zurückkehrten, als man sie frei ließ. Das eine Tier durchschwamm einen Fluß, obwohl es bei einem geringen Anstieg eine Brücke hätte benutzen können. Nach den Vögeln hat man am ausgesprochensten bei den Insekten eine bestimmte Fähigkeit des Nach-Hause-Findens beobachtet. Die Ameise „richt“ sich wahrscheinlich nach ihrem Nest zurück, denn sie kann rings im Kreise herum weite Wanderungen nach Nahrung unternehmen und wird doch dann auf ungefähre demselben Wege stets wieder nach dem Nest zurückfinden. Biene und Wespe können jedoch die Spuren ihres Hinweges nicht vergessen und kehren dennoch aus einer Entfernung von 3 bis 6 englischen Meilen nach ihrem Stock zurück. Jedoch ist es wahrscheinlich, daß die Biene nur aus einer Richtung wieder nach Hause findet, in der zu fliegen sie sich bei ihrem täglichen Honigsammeln gewöhnt hatte.

Es besteht die Frage, ob auch der Mensch einen solchen Sinn besitzt oder besitzen hat. Man weiß, daß besonders Wilde und primitive Menschen aus weiten Entfernungen zu ihrem Lager zurückkehren können, durch ein Gebiet, das sie nur wenig kennen. Man muß annehmen, daß solche Menschen, deren Sinne durch den beständigen Verkehr mit der Natur geschärft sind, ganz geringfügige Reize, wie z. B. das Moos an den Bäumen, als Führer benutzen. Aber daß der Mensch in unbekannter Gegend durch einen angeborenen Heimatsinn sich zurecht findet, ist nicht anzunehmen. Ein starker Beweis für das Vorhandensein eines solchen Heimatsinnes ist auch bei den Brieftauben noch nicht erbracht worden; vielmehr werden diese Tiere durch ein besonderes Training dazu angehalten, sehr weite Luftstrecken zu lernen, und in ihnen finden sie sich vermög ihrer außerordentlichen Scharf- und Weitsichtigkeit zurecht.

Professor Watson hat daher bei seinen Experimenten von Brieftauben völlig abgesehen und zwei Arten tropischer Vögel benutzt, um bei ihnen die Existenz eines besonderen

„Heimatsinn“ nachzuweisen. Auf einer kleinen Sandinsel der Loringas-Gruppe im Golf von Mexiko, Bird Key, haben zwei Mövenarten, die dumme und die Kuh-Seeschwalbe, die in ihrer Größe von den Brieftauben nicht sehr verschieden sind, ihr Sommerheim aufgeschlagen. Während sie in den Herbst- und Wintermonaten über den tropischen Gewässern des Karibischen Meeres schwärmen, erscheinen sie in den ersten Tagen des Mai zu 25 bis 30 000 auf Bird Key, bauen dort ihre Nester und legen ihre Eier. Von hier aus gehen sie nicht weiter auf die Nahrungssuche als höchstens 15 bis 18 englische Meilen nördlich, so daß das Land über diese Grenze hinaus den Vögeln völlig unbekanntes Gebiet ist. Nach dem Legen der Eier sind die Tiere sehr zutraulich und lassen sich leicht fangen. Der Gelehrte bezeichnete nun solche gefangenen Vögel mit breiten Strichen in verschiedenen Farben, so daß er sie deutlich unterscheiden konnte. Am Nest wurde die Zeit, an der der Vogel weggeflogen, aufgezeichnet. Vogelpaare, die in einer Entfernung von 20, 25, 66 und 180 englischen Meilen ausgesandt wurden, kehrten in bester Verfassung zu ihren Nestern zurück. All diese Entfernungen lagen aber im Osten und Süden von Bird Key, dort, die dort am 16. Juni 1907 um 9 Uhr morgens abgefliegen wurden. Am 21. Juni um 1/8 früh wurden zwei der bezeichneten Vögel in ihren Nestern gefunden. Die Insassen der anderen drei Nester hatten sich unterdessen neue Gefährten zugelegt und die zurückkehrenden Vögel fanden also ihr Heim besetzt. Zufällig konnte Watson wenige Tage später beobachten, daß auch ein dritter Vogel bei seinem Nest erschienen war, aber sogleich daraus vertrieben wurde, und es ist anzunehmen, daß auch die beiden anderen Vögel zurückgeführt sind. Die von ihnen zurückgelegte Entfernung beträgt in der Luftlinie 850 Meilen; doch werden die Vögel wahrscheinlich den 1000 Meilen langen Weg an der Küste entlang genommen haben, da sie nachts nicht fliegen, nicht schwimmen, noch auf dem Wasser ruhen; zu dieser Strecke brauchten sie etwas weniger als 6 Tage. Zweifellos haben diese Tiere in einer völlig unbekanntem Gegend ihren Weg

### Deutsches Reich.

\* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Oberpräsident von Pommern, v. Kalchauer, der einjährige Reichs-Konferenz, beabsichtigt von seinem seit 10 Jahren bekleideten Posten zurückzutreten, da der siebenjährige Mann sich nach Ruhe sehnt. Als sein Nachfolger wird der Regierungspräsident von Pommern, Werner v. d. Schulenburg, genannt. Oberbergamt Julius Fischer ist unter Beibehaltung des Charakters als Geh. Bergamt zum Direktor der Bergakademie zu Clausthal ernannt worden.

DVC. „Sachliche Gründe“. Bei der Abstimmung über die Reichsfinanzreform am 10. Juli gab der Sprecher der Polenpartei im Reichstag, v. Czarlinski, die Erklärung ab, daß „für die Haltung der Polen rein sachliche Gründe maßgebend“ gewesen seien. Welches diese „rein sachlichen Gründe“ gewesen sind, das verrät die „Gazeta Grudziadzka“ in Graudenz in einem Artikel mit der Aufschrift „Das polnische Volk hat sich gerächt“, in dem es heißt: „Mit dem Willen Gottes hat dieses vom Fürsten Bialow mit Füßen getretene, verfolgte und gequälte Volk den Nachhaken gestürzt, der geglaubt hat, daß seine Regierung ewig dauern wird, und der gerade einen neuen Schlag für das polnische Volk vorbereitet hat. So ist es, das polnische Volk hat den Fürsten Bialow gestürzt, denn das polnische Volk hat Abgeordnete in den deutschen Reichstag gewählt, die es verstanden haben, dem Feinde im geeigneten Augenblick den Todesstoß zu versetzen, die es verstanden haben, ohne auf das Geschrei gedankenloser und zum Teil gewissenloser Leute zu achten. Ihre Abgeordnetenpflicht ohne Zaudern zu erfüllen. Aber auch unser polnisches Volk hat nach dem Sturm des mächtigen Feindes mehr Mut bekommen, sein Glauben an seine eigene Kraft ist größer geworden, es bereitet sich gern zum weiteren Abwehrkampf vor und blickt dreister und zuversichtlicher in die graue Zukunft, denn es fühlt, daß hinter dem grauen Vorhang einstmals ein besseres Geschick für uns andbrechen muß. Die Hoffnung ist im Volke größer geworden denn jemals. Das polnische Volk ist noch nicht verloren und wird auch nicht untergehen!“

\* Zur Einigung der Linksliberalen. Auf der Liberalen Konferenz zu Stuttgart wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Bewegung zur Einigung des Linksliberalismus auf das freudigste begrüßt und die Hoffnung ausgesprochen wird, daß damit ein Fortschritt auf dem Wege der Einigung des Gesamtliberalismus erzielt würde.

\* Der diesjährige Vertretertag des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugend wird am 16. und 17. Oktober in Jena stattfinden. Der politische Bericht wird die Frage der liberalen Einigung erörtern und vom Standpunkt des Nationalliberalismus zu den Beschlüssen innerhalb des Linksliberalismus Stellung nehmen. Daneben wird man sich mit den Vordrängen in Bayern und Hessen beschäftigen. Ein weiterer Antrag verlangt die reinliche Scheidung der nationalliberalen Partei von dem Bund der Landwirte. Zuletzt wird noch die Frage der Verwaltungsreform in Preußen erörtert werden. Am Sonntag, den 17. Oktober, finden dann die Referate über die staatsbürgerliche Erziehung des deutschen Volkes statt. Am Montag, den 18. Oktober, soll ein junger liberaler Redner auf der Wartburg die Bedeutung des Nationalvereins für die innerpolitische Entwicklung Deutschlands darstellen.

\* Der konservative Parteitag, der von den Parteiführern der Rechten wiederholt in Aussicht gestellt wurde, soll nun der „Schlef. Ztg.“ zufolge Ende November oder Anfang Dezember stattfinden.

\* Gegen die Schmutz- und Schundliteratur wendet sich auch ein vom Kultusdepartement des weimarschen Staatsministeriums an die Bezirkschulinspektoren des Landes ergangener Erlass, worin diese Aufsichtsbeamten angehalten werden, darauf zu sehen, daß die Lehrer alles täten, diese Gefahr für die Jugend im Einbernehmen mit den Eltern der Kinder zu bekämpfen. Es wird den Lehrern zur Pflicht gemacht, ihr Augenmerk auf die Läden und Schaufenster der Buchhändler und Buchbinder, bei denen die Schulkinder ihren Bedarf an Schultexten einkaufen, zu richten. Sehen solche Geschäfte trotz Ermahnungen der

nach Hause gesunden; bestimmte „Schreien“ können ihnen also nicht als Wegweiser gedient haben. Es ist daher bei ihnen ein besonderer Heimsinn anzunehmen, der vielleicht von einem sehr feinen Temperatur- und Tastgefühl herührt.

### Aus Kunst und Leben.

\* Ein germanisches Haus aus den Jahren 300 bis 200 v. Chr. Professor Schuchardt vom Museum für Völkerkunde hat bei seinen Ausgrabungen an der Römerschanze bei Reditz ein germanisches Haus bloßgelegt. Der „Berl. Lokal-Anz.“ berichtet darüber: Das Haus mißt in der Länge neun und in der Breite sechs Meter. Die Längsseite war durch sieben, die Breitsseite durch vier Pfeiler markiert. Ein etwa 1 1/2 bis 2 Meter im Durchmesser großer Steinhaufen, dessen einzelne Steine durch Lehmewurf verschmiert waren, bildete die Kochstelle. Im offenen Kochloch fanden sich Holzkohlenreste und Überbleibsel von Knochen, die sofort einen Schluß auf die Zusammenstellung der germanischen Speisekarte gestatteten. Es wurden Rinder-, Schaf- und Wildschweinsknochen in großer Anzahl gefunden, Fischgräten nur ganz vereinzelt. In der Nähe des Herdes fanden sich die sogenannten Nabel- und Klopffeste, ferner eiserne Messer. Umweit dieses Germanenhauses wurden die Reste einer slavischen Siedlung gefunden, und an der einzigen Feuerstelle entdeckte man unter dem Brandschutt und Knochenresten den Nierenknochen eines Bels, in dem noch die eiserne Angel steckte. Die Existenz des jetzt entdeckten germanischen Hauses, das überhaupt das erste ist, das man bisher gefunden hat, fällt in die Jahre 300 bis 200 v. Chr. Die Nachforschungen auf der Römerschanze haben auch den Beweis erbracht, daß die von Natur aus bevorzugten Anlagen, die man gewöhnlich als heilige Haine anzusprechen pflegte, nicht dem Kultus der Germanen, sondern reinen Niederlassungs- und Wohnstätten waren. Man hat noch eine Sichel gefunden aus Eisen, Holzverankerungen mit Rietlöchern und der dazu gehörigen Holzrinne, sowie Spinnwirtel und eine Strohspinnklotze. Die auf der Römerschanze jetzt durchgeführte germa-

Schule den Handel mit berattigen Waren fort, so sollen die Eltern der Kinder ersucht werden, den Kindern das Kaufen in diesen Läden zu untersagen.

npl. Die Steigerung der Kirchensteuer in den letzten Jahren hat, wie man uns schreibt, auch schon die Staatsregierung wiederholt beschäftigt und ist Gegenstand eingehender Erwägungen gewesen. Man sieht auch an der maßgebenden Stelle für Angelegenheiten des Kultus auf dem Standpunkt, daß es nicht nur im staatlichen, sondern auch im kirchlichen Interesse wünschenswert ist, alle nicht unbedingt notwendigen Ausgaben zu vermeiden, um die Kirchensteuer möglichst niedrig zu halten. Die Steigerung der letzten Jahre ist aber auf dringende nötige Ausgaben zurückzuführen. Ein weiteres Steigen wird aber jedenfalls nicht stattfinden.

\* Die tierärztliche Doktorwürde. Zwischen den deutschen Univeritätsverwaltungen schweben Verhandlungen über die Verleihung der tierärztlichen Doktorwürde. Preußen sieht die Verleihung des Promotionsrechtes an den tierärztlichen Hochschulen als den gangbarsten Weg an und schließt sich damit den bayerischen Anschauungen an, während Sachsen gegenwärtiger Ansicht ist und die Tierärzte bei den medizinischen Fakultäten unter Hinzuziehung von Hochschulprofessoren promovieren lassen will.

\* Ein Seidenbandwirker-Ausstand. Sämtliche Seidenbandwirker von Barmen lehnten den neuen Lohnvertrag ab und legten die Arbeit nieder. Mehrere Firmen sind völlig ausgeperrt. Die Bandwirker der Umgegend folgen den Ausgesperrten.

\* Zur Charakteristik der „Times“. Zu der mitgeteilten deutsch-englischen Verbrüderungsgene zwischen den Admiralen Seymour und v. Koeser wird aus London gemeldet: Der Berichterstatter der „Times“, der nur ein paar Zeilen über die deutsch-englische Verbrüderungsgene gibt, fügt diesen hinzu, daß die Worte des britischen Admirals teilweise mit Verfall, aber auch teilweise mit Gelächter begleitet wurden. Mit dieser Behauptung steht der „Times“-Berichterstatter allein da. Wahrscheinlich war er der einzige bei der ganzen Tafelrunde, der die Ungezogenheit befaß, zu lachen. Der „Hann. Courier“ zitiert hierzu die neueste Nummer des „Klabberadass“:

Man kommt beinahe auf die Idee,  
Es wäre gut in diesen Tagen,  
Trotz allem einmal loszuschlagen  
Und Englands Wüthen mal zu klopfen,  
Noch um der „Times“ das M... zu klopfen!

### Rechtspflege und Verwaltung.

Zur Einschränkung der Berufungen seitens der Staatsanwaltschaften sollen in Württemberg neue Vorschriften herausgegeben werden, in welchen die Staatsanwaltschaften angewiesen werden, nur noch dann Berufungen einzulegen, wenn sich aus der Beschaffenheit des einzelnen Falles oder aus der allgemeinen Bedeutung von Rechtsfragen überwiegend sachliche Gründe ergeben. Die Falsche, daß der Angeklagte seinerseits Berufung eingelegt hat, darf für die Entscheidung, ob die Staatsanwaltschaft Berufung einlegen soll, nicht entscheidend sein.

### Herr und Flotte.

\* Zum Stapellauf des Schulschiffes „Prinzessin Citel Friedrich“. Beim Stapellauf des neuen Schulschiffes des deutschen Schulschiffvereins „Prinzessin Citel Friedrich“ am 12. Oktober auf der Werft von Wobm und Wof in Hamburg wird Prinz Citel die Taufe halten und die Prinzessin die Taufe übernehmen. Beide nehmen dann an dem sich anschließenden Festmahl teil.

Ein neues Unterseeboot soll ein junger Lehrer R. aus dem Kreise Johannisburg in Ostpreußen erfunden haben. Es handelt sich, wie die „Vorder Ztg.“ wissen will, um eine neue Tiefensteuerung, die das Unterseeboot instand setzt, augenblicklich zu tauchen und ebenso wieder emporzukommen, was ein wesentlicher Vorteil, besonders bei Unglücksfällen, wäre.

nische Gauhurg ist die größte, die überhaupt nachzuweisen ist; sie mißt 200 zu 250 Meter im Geviert und diente nur Verteidigungszwecken und Wohnzwecken des Gauherrn.

\* Buchstaben-Zahlen. Wer hätte sich nicht schon selbst über diese hinterlistige Einrichtung geärgert? Es ist gut, daß der „Aunf. w. r.“ (Verlag von Georg D. W. Callweh, München) endlich einmal auf diese Manier gewisser wenig kluger Geschäftsleute hinweist.

Ich trete in einen Laden und sehe mich unter den Sachen rings um. Dieses da könnte mir passen, wie viel mag's kosten? Ich nehm's in die Hand und lese den Zettel: „hm“ steht darauf. Ein, ich sehe auf einem anderen nach: „ppn“. Auf einem dritten zwischen es: „tt, z“. Also muß ich das Fräulein fragen. Überseht es mir die Geheimchrift richtig? Ja, wenn es das tut, warum mußt ich sie erst bemühen, warum schrie man keine Ziffern hin, die der Mensch auch außerhalb Alt-Griechenlands als Zahlen auffassen kann? Bedeutet die Geheimchrift etwa: bis zu diesem Preise, o du Verkäuferin, darfst du nötigenfalls hinabgehen, steht aber der Kaufstücker nach einem aus, der mehr zahlen kann oder mag, so versuche, mehr aus ihm herauszubekommen?

Verehrte Händler vom Privatalphabet. Die Zeiten sind schlecht, die Menschen sind's auch, insbesondere aber sind diese mißtrauisch, wenn sie überhaupt erst anfangen zu denken. Den Buchstaben-Zahlen auf den Preiszetteln gegenüber haben sie das erpauulich lange nicht getan, sonst hätten sie sich diese eure hinterlistige Einrichtung nicht so lange gefallen lassen. Vielleicht hat auch unter euch selber bisher der oder jener sie nur als biederer alten Brauch übernommen, ohne viel darüber nachzudenken, und weil sich ja keiner daran stieß. Eine ganze Anzahl eurer Berufsgenossen hat sie trotzdem schon abgeschafft. Wollen's die übrigen nicht auch tun? Rämlich: es könnte mit der Zeit mehreren und vielen wie dem Schreiber dieser Zeilen gehen. Der hat jedesmal, wenn er Buchstaben auf den Preiszetteln sieht, wo nur Ziffern unmißverständlich sprechen würden, das Gefühl: Achtung, man will dich begaunern. Deshalb laßt er, wenn sich's machen läßt, lieber bei denen eurer Kollegen, die in dieser Beziehung vom hellenischen Brauch zum arabischen übergegangen sind.

### Deutsche Kolonien.

Die Ausbeute der deutschen Diamanten-Gesellschaft im September betrug 11700 Karat gegen 8000 im Monat August. Die zuletzt von der Diamantenregie verkaufte allgemeine Sendung von 60000 Karat erzielte durchschnittlich einen Erlös von 33 M. für das Karat. Die Prospektiersteine aus dem streitigen Pomonagebiet, deren Erlös hinterlegt wird, wurden durchschnittlich mit 60 M. pro Karat verkauft. Auch die in der Sendung befindlichen 6000 Karat der deutschen Diamantengesellschaft erheben sich mit 40 M. für das Karat über den Durchschnittspreis.

### Ausland.

#### Osterreich-Ungarn.

##### Der kommende Mann in Wien

Das „Prager Tagbl.“ bezeichnet den früheren Ministerpräsidenten Herrn v. Körber als den kommenden Mann. Er sei bereits als Nachfolger Baron Wieners in Aussicht genommen und hätte den Auftrag erhalten, sein Kabinett auf parlamentarischer Grundlage zu bilden.

#### Rußland.

##### Die Petersburger Telegraphen-Agentur.

Aus Petersburg, 8. Oktober, wird uns geschrieben: Seinerzeit schon berichteten wir, daß Ministerium des Innern sei nicht damit zufrieden, daß das wunderbare Mittel zur Beeinflussung des Auslands, welches sich das Finanzministerium in der Petersburger Telegraphen-Agentur geschaffen, ihm nicht auch zur Verfügung stünde, und machte Anstrengungen, dieses Instrument abzujagen. Offiziell nannte man diese Maßnahme „Reformen im Betriebe der Petersburger Telegraphen-Agentur“, und die darauf bezügliche Vorlage stand im Ministerium zur Beratung. Man ging dabei von den Wünschen aus, die in einem Memorandum enthalten waren, das das Ministerium des Innern ausgearbeitet hatte. Diesem Memorandum zufolge soll die Telegraphen-Agentur die Aufgabe erhalten, die Tätigkeit der Regierung in richtigem (!) Lichte erscheinen zu lassen. Die Leitung des Bureaus durch das Finanzministerium entspreche aber nicht dieser Aufgabe. Der Ministerrat und speziell das Ministerium des Innern werden für die Tätigkeit der (überall sich als unabhängig aufspielenden) Agentur verantwortlich gemacht, obgleich dieses Ministerium als solches der Agentur fernstehe. Daß die Telegraphen-Agentur dem Finanzministerium unterstellt ist, sei ein Zufall und beruhe darauf, daß sich die Agentur allmählich aus einer rein kommerziellen Agentur in eine politische allgemeinen Charakters verwandelt hätte. Der Finanzminister stimmte im Laufe der Debatte im allgemeinen den im Memorandum dargelegten Gesichtspunkten zu, machte jedoch geltend, daß sein Ressort auf die Leitung der kommerziellen Abteilungen nicht verzichten könne (die Vorbereitung der — Pumpersuche im Ausland nämlich). Werde nun der Direktor der Minister des Innern ernannt, so verliere das Finanzministerium die Möglichkeit, den ~~Finanzminister~~ Dienstes „zweckmäßig“ zu leiten. Schließlich wurde beschlossen, daß der Leiter des politischen Teiles vom Minister des Innern und der Leiter des kommerziellen Teiles vom Finanzministerium ernannt werden. — Und so kann das alte Gaukelspiel mit verdoppelten Kräften weiter fortgesetzt werden — so lange nämlich das Ausland es sich gefallen läßt.

##### Neue Bedrohungen der Juden.

Der Verband russischer Leute verbreitet eine Proklamation, welche eine Bedrohung der Juden enthält, von denen die Entfugung des Wahlrechts gefordert wird. Die Veröffentlichung hat lebhafteste Unruhe hervorgerufen.

#### Serbien.

In der serbischen Eisenbahnverwaltung wurden große Mißbräuche bei der Lokomotiv- und Wagenlieferung entdeckt. Eine belgische Fabrik lieferte anstatt neuer alte oder

\* Eine ganz ungewöhnliche Leistung auf elektrischem Gebiet werden die englischen Ingenieure gelegentlich der Eröffnung eines neuen Hospitals in Montreal vollbringen. König Eduard wird von seinem Buckingham-Palast in London aus durch ein einfaches Drahtkabel auf einen Knopf sämtliche Türen des Gebäudes öffnen, alle Lichter einschalten und sämtliche Flaggen auf dem Gebäude automatisch hissen. Derartige Eröffnungen per Distanz sind ja bereits in Amerika vollzogen worden, so in St. Louis 1904, in Portland 1905, Norfolk 1907. Auch hier wurden die Flaggen durch eine elektrische Vorrichtung gehißt, die mit dem Weißen Haus in Washington verbunden war. Aber niemals ist eine derartig weite Strecke in Frage gewesen, noch hat ein Weltmeer zwischen Ursache und Wirkung gelegen. Die elektrische Zeremonie ist diesmal nur möglich durch eine Kombination der Landkabel von England, Irland und Kanada und des atlantischen Untersee-Kabels. Die Entfernung beträgt über 3000 englische Meilen. Zuerst wird der königl. Palast mit der Hauptpost verbunden, von wo der Draht bis nach Irland führt, dann wird er mit einem der atlantischen Kabel verbunden werden, der in Neu-Schottland entweder an den Draht der Canadian Pacific oder der Great Northern Company anschließt. Eine Haupt Schwierigkeit besteht auch darin, daß das Untersee-Kabel tagsüber außerordentlich stark in Anspruch genommen, eine Abscherrung der Geschäftsbeziehung aber nicht gut möglich ist. Die Schwierigkeit wurde dadurch überwunden, daß die Eröffnung des neuen Instituts, das den Namen Royal Edward Tuberculose Institut erhalten wird, erst am Nachmittag stattfindet; da unsere europäische Zeit 5 Stunden zurücksteht, so wird der König erst am späten Abend den Knopf zu drücken haben. Die ganze Zeremonie wird weniger als eine Minute dauern.

\* Russische Karriere. Petersburger Blätter berichteten dieser Tage von einer Millionenstiftung der Kaufmannswitwe Frau von A. Interessant und in vieler Beziehung typisch für den Verdegang vieler russischer Großkaufleute ist die Art und Weise, wie der Gatte der Frau von A. zu seinem Altersvermögen gekommen war. Anfang der fünfziger Jahre traf Iwanow als blutarter Junge in der Residenz

Nr. 47  
von andere  
motiven un  
nahm trotz  
Schaden be  
suchung, w  
leitete.  
König  
der Apana  
Bruder, W  
Diese Ser  
letzen Tag  
trage von  
protesti  
Der  
Regierun  
schon jetz  
ganzem Di  
sprechen.  
Freunde  
förderb  
Lorenz  
ste hinter  
Auswande  
Major  
Wie u  
Major v.  
Hochschule  
in der W  
der Vorle  
übernehme  
im Winter  
auf dem  
teilung für  
An de  
Bord eine  
abgehen  
artfische  
Grafen B  
von Preu  
3. Pre  
Unter  
Unterber  
der Preu  
Zagung  
erfreulich  
verbänd  
landsf  
sprechen  
Ausdruc  
gleich  
staatliche  
reichen  
ich u Le  
men, die  
dieser  
lung nah  
bürgerm  
Regelung  
Meierent  
russische  
sonen un  
Reichs  
liche Ref  
aus dem  
männliche  
andere  
damals  
mußte  
aufwache  
tragen,  
werden;  
darfarti  
Das „G  
dehung  
hundert  
Aufhebung  
gerät  
Familie  
wurde  
bracht u  
Sprüche  
Petersb  
lapital  
sonnen  
Gold se  
zu Sch  
Hände  
auch  
souste  
konnte,  
Anstreb  
sachem  
einige  
Jarofo  
d.  
stätigte  
Organis  
hat au  
unfere  
einem  
neuer  
mäßige  
amtes  
zu wer











Umgebung Österreich-Ungarns; statt den nächsten Weg durch die Donaumonarchie einzuschlagen, fährt der Zar im weiten Bogen um diese herum. Auch hier liegen die politischen Gründe nicht fern. Man hat die Annexion Bosniens und die darin zum Ausdruck kommende Niederlage der Politik des Herrn Tisza noch nicht verschmerzt. So wird die Vermeidung eines Zusammenstoßes mit Kaiser Franz Joseph dem auch in Wien gedenkt. Und die „Neue Freie Presse“ schreibt: „Es zeigt sich hier noch die Bestimmung aus der Zeit der Annexionskrise. Persönliche Gefühle, die noch aus diesem Streite nachklingen, bewegen den Zaren, den Boden der österreichisch-ungarischen Monarchie auf dieser Reise nicht zu betreten und eine Zusammenkunft mit dem Kaiser Franz Joseph zu vermeiden. Wir bedauern — so schließt das Blatt —, daß die Bestimmung den Zaren dazu drängt, selbst eine so äußerliche Berührung, wie die Fahrt über Österreich-Ungarn, zu vermeiden, denn, wenn es dem Zaren genehm gewesen wäre, auch ohne die Höflichkeit einer Zusammenkunft über Österreich-Ungarn nach Italien zu fahren, so hätte er sicher sein können, daß die Behörden der österreichisch-ungarischen Monarchie die größte Gastfreundschaft dem Souverän eines großen Nachbarstaates gegenüber geübt hätten. Hoffentlich wird es der friedlichen Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie gelingen, in späterer Zeit das alte Verhältnis des gegenseitigen Vernehmens wiederherzustellen.“

hd. Rom, 11. Oktober. Auf der Konsulta wird nunmehr bestätigt, daß der Zar in den letzten Tagen des Oktober in Italien eintreffen wird. Über den Ort der Zusammenkunft mit König Viktor Emanuel wird aber strengstes Stillschweigen beobachtet. Die Blättermeldungen, daß die Zusammenkunft in einem italienischen Hafen stattfinden solle, wird als nicht glaubwürdig bezeichnet. — Die Zusammenkunft wird wahrscheinlich in Raccionigi stattfinden.

**Eine interessante Erinnerung.**

Zu den „Hamburger Nachrichten“ wird folgende Episode erzählt, in welcher Fürst Bismarck und Graf Hohenthal zusammenwirkten, und die zeigt, wie freundschaftlich die Beziehungen zwischen Bismarck und dem König Albert von Sachsen waren. Der kürzlich verstorbene sächsische Minister Graf von Hohenthal und Bergen war, wie hinreichend bekannt ist, von der Errichtung des Deutschen Reiches an bis zum Frühjahr 1907 Vertreter des Königreichs Sachsen in Berlin. Er spielte in dieser Zeit die besten und freundschaftlichsten Beziehungen zum Fürsten Bismarck. Bei der Verlegung des Kaisers Wilhelm hatte König Albert zum Fürsten Bismarck geäußert: „Wenn Sie mich einmal brauchen können und glauben, daß ich Ihnen behilflich sein kann, so schreiben Sie mir.“ Kurze Zeit darauf ersuchte Fürst Bismarck den Grafen Hohenthal, ihn zu besuchen, erinnerte ihn an die Worte des Königs und sagte: „Dieser Moment ist gekommen, die Kaiserin wünscht die Vermählung ihrer Tochter Viktoria mit dem Fürsten Alexander von Bulgarien durchzuführen, der ich aus politischen Gründen widersprechen muß; ich bin aber mit meinem Latein zu Ende, vielleicht kann Ihr König mir helfen.“ Graf Hohenthal erwiderte, der König sei in Riva, erklärte aber auf das Drängen des Fürsten hin sich bereit, persönlich dorthin zu reisen und dem König die Sache vorzutragen. Am demselben Abend reiste Graf Hohenthal nach Riva ab, und es gelang ihm, den König zu bewegen, einen Brief an den Kaiser (Friedrich) in dem gewünschten Sinne zu schreiben. Nach wenigen Tagen war Graf Hohenthal wieder in Berlin, wurde am frühen Morgen vom Fürsten Bismarck empfangen und legte ihm den noch unversiegelten Brief des Königs an den Kaiser vor. Da ein Passus

in dem Brief den Wünschen des Fürsten nicht ganz entsprach, fragte er, ob der König es wohl übernehmen würde, wenn er gebeten würde, diesen Passus zu ändern. Graf Hohenthal übernahm es wieder, einen Verzicht in dieser Richtung zu machen, und reiste nach einigen Tagen zu dem inzwischen von Riva zurückgekehrten König nach Villa Strehlen und erreichte es, daß der König den Brief unter Berücksichtigung der vom Fürsten Bismarck gewünschten Änderungen noch einmal abschrieb. Das Schreiben gelangte noch an demselben Tage in die Hände des Kaisers Friedrich. Der Erfolg ist bekannt: In der mehrstündigen Unterredung, die die Kaiserin Friedrich am Nachmittag des 30. April mit dem Fürsten Bismarck im Schlosse Friedrichskron in Charlottenburg hatte, ließ sie den Heiratsplan fallen, der Widerspruch des Fürsten Bismarck hatte den Sieg davongetragen.

Der Gewährsmann der „Hamburger Nachrichten“ hat den Tod des Grafen Hohenthal zum äußeren Anlaß für die Veröffentlichung dieser interessanten Daten genommen. So sehr die Erzählung aber dem Andenken des verstorbenen sächsischen Staatsministers gewidmet ist, so wertvoll ist doch auch das Licht, das durch sie auf die herzlichen Beziehungen zwischen König Albert und Bismarck fällt.

**Deutsches Reich.**

\* Hof- und Personal-Nachrichten. Erzhzog Franz Ferdinand und Gemahlin treffen aus Wien am 12. November in Berlin ein. Der Erzhzog begibt sich zu den Hofjagden nach der Provinz Hannover, während die Herzogin von Coburg vier Tage bei der Kaiserin verbleibt. Reichsminister während der Anwesenheit des Erzhzogen Paars sind vorläufig nicht projektiert.

bnk. Der Posten eines Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums wird, wie uns von eingeweihter Seite mitgeteilt wird, unter der Reichskanzlerschaft Bethmann-Hollwegs voranschließlich nicht besetzt werden. Die im Sommer anlässlich der Ernennung v. Bethmann-Hollwegs zum Reichskanzler von verschiedenen Seiten ausgesprochene Annahme, daß der Finanzminister v. Rheinbaben zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums auszuweichen sei, ist irrig. Die Gründe für die Nichtbesetzung des Vizepräsidenten-Postens unter der Reichskanzlerschaft Bethmann-Hollwegs finden darin ihre Erklärung, daß Herr v. Bethmann-Hollweg selbst die innere Politik in Preußen vollständig beherrscht und er daher im preussischen Staatsministerium keines Vertrauensmannes bedürftig, der für die Übereinstimmung der inneren Politik in Preußen und im Reiche Sorge zu tragen hat.

\* Ein Erlaß des Eisenbahnministers über die Beamtenauschüsse. Minister v. Breitenbach hat folgenden Erlaß an alle preussisch-hessischen Eisenbahndirektionen gerichtet: „Ich habe Anlaß, erneut darauf hinzuweisen, daß es zu den wesentlichsten Pflichten der Vorgesetzten gehört, Wünsche der unterstellten Beamten, Hilfsbeamten und Arbeiter, die aus dem vorgeschriebenen Dienstwege mündlich oder schriftlich vorgebracht werden, bereitwillig anzuhören und auf ihre Erfüllbarkeit zu prüfen. Bei sorgfältiger Beachtung dieser Bestimmung von Seiten der berufenen Stellen wird die ordnungsmäßige Seltensmachung berechtigter Forderungen sichergestellt und das Vertrauen gestärkt, welches zwischen der Verwaltung und ihren Angestellten bestehen soll. Auch wird dann ein Bedürfnis nicht hervorgerufen oder anzuerkennen sein, behufs Erörterung von Wünschen der Beamten, deren Verhältnisse überall durch Gesetze und allgemeine Anordnungen geregelt sind, Beamtenauschüsse zu bilden.“ Die Notwendigkeit der Beamtenauschüsse wird, wie die „Frankf. Ztg.“ hierzu sehr richtig bemerkt, auch durch einen solchen Erlaß nicht beseitigt. Der einzelne Beamte wird zumeist sich seinen seine Wünsche mit dem wünschenswertesten Dreimut vorzubringen. Die Ausschüsse haben zudem den Zweck, die Wünsche ganzer Beamtenkategorien vorzubringen.

\* Präsident Havenslein und die Reichsbankbeamten. Die „Post. Ztg.“ veröffentlicht nachstehende Mitteilung: „Der Präsident des Reichsbankdirektoriums hat seine Beamten warren lassen, an dem 16. und 17. d. M. geplanten Versammlung von Vertretern aller Reichsbankdirektoren in Dresden teilzunehmen. Er billigt ihre Absicht nicht, auf bloße Gerüchte hin zu der bevorstehenden Gehaltsaufbesserung Stellung zu nehmen, und befürchtet, daß dabei Angriffe auf die Reichsbankbehörden ausgesprochen würden, die nur negativen Erfolg haben könnten. Die im Interesse seiner Beamten gefasste Maßnahme wird gewiß überall Anerkennung finden, wenn sie auch gerade nicht ein Vertrauensvotum für diese bedeutet. Ob es den Beamten mut gelingen wird, vielleicht durch strenge Ausschließung der Gehaltsfrage aus dem Redeprogramm den Präsidenten von ihrer Besonnenheit und der Ehrlichkeit ihrer Gesinnung zu überzeugen und doch den Kernpunkt der ganzen Bewegung, die für die Zukunft viel wichtigere Bereinigung aller Reichsbankbeamten, zu ermöglichen, ob sie bei der Abhängigkeit in ihrer Stellung jetzt überhaupt noch den Versuch dazu wagen werden, das alles ist recht fraglich geworden. Weiblen indes wird sicher der Wunsch nach dem Zusammenschluß.“

\* Grafadmiral v. Koester über die deutsch-englischen Beziehungen. Die amerikanische Zeitung „American“ druckt ein Interview mit Grafadmiral v. Koester ab. Auf die Frage, ob ein Krieg mit England bevorstehe, sagte Koester: „Deutschland hat alles getan und wird alles weiter tun, um den Krieg zu verhindern. Es wünscht Frieden, nicht Krieg mit England. Das Kriegsgerede in England werde durch professionelle Politiker verursacht. Was in Deutschland gesagt worden, ist nur die Folge jenes Geredes. Deshalb wird, falls der Krieg kommt, nicht Deutschland schuld daran sein. Wir wünschen dauernden Frieden.“

\* Der Streit unter den bayerischen Liberalen. Die Verhandlungen zwischen Vertretern der liberalen Landtagsfraktion und den Führern der bayerischen Lehrerschaft haben zu dem Ergebnis geführt, daß sowohl von der liberalen Fraktion wie von Seiten der Lehrer im Sinne des Friedens gehaltenen Erklärungen veröffentlicht werden. Auf Grund dieser beiderseitigen Erklärungen hofft man, die Krisis im bayerischen Liberalismus zu beseitigen.

\* Wieder ein Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen! Bei der gestrigen Reichstags-Ergebniswahl in Koburg erhielt der Kandidat der Nationalliberalen, die bisher den Wahlkreis innehaben. Quast, 3460, der freisinnige Kandidat Arnold 3041 und der Kandidat der Sozialdemokraten Jochisch 6185 Stimmen. Es ist also Stimmwahl zwischen Quast und Jochisch nötig. Bei der Hauptwahl 1907 erhielt der nationalliberale Kandidat Justizrat Quast 4437, der freisinnige Volksparteiler 4128 und der sozialdemokratische Kandidat 4306 Stimmen. In der Stichwahl erhielt Justizrat Quast 7852, der Sozialdemokrat 4780 Stimmen. Die Freisinnigen sind sonach in der Stichwahl 1907 für den nationalliberalen Kandidaten eingetreten. Die gestrige Ergebniswahl zeigt ein ganz bedeutendes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen.

\* Das Endergebnis der elsässisch-lothringischen Bezirksstagswahlen. Das Ergebnis der Nachwahlen für den elsässisch-lothringischen Bezirkstag ist folgendes: Das Zentrum siegte in vier, die Unabhängigen in zwei, der lothringische Bloß in einem, die Liberalen in einem, die Sozialdemokraten in keinem Bezirk. Dennoch stellt sich das Gesamtergebnis für die Neuwahlen zu dem Bezirkstag wie folgt: Von 35 Mandaten besitzen nunmehr: Zentrum 12, Lothringer Bloß 10, Vereinigung der Liberalen und Demokraten 6, Sozialdemokraten 1, Unabhängige 6.

\* Die Reichstags-Ergebniswahl in Halle findet am 26. November statt. Die Einheit der bürgerlichen Parteien wurde leider durch den Bund der Handwerker gestrengt, der einen eigenen Kandidaten aufstellte, weil der gemeinsame Kandidat aller bürgerlichen Parteien, Nimann, auf verschiedene ihrer Forderungen nicht eingehen will.

**Aus Kunst und Leben.**

R. Andrew Carnegie bei Kaiser Wilhelm. Eine amüsante Episode aus den Unterhaltungen des amerikanischen Multimillionärs Carnegie mit unserem Kaiser erzählt Berta von Suttner in der Schilderung eines Besuches auf Sibirio Castle, dem schottischen Landsitz Carnegies, die sie in „Über Land und Meer“ veröffentlicht: „Ich besuchte Carnegie um seine Erlebnisse in Ael, wo er, wie ich wusste, im verfloffenen Sommer mit Kaiser Wilhelm II. zusammengetroffen war. Er erzählte, daß der Verkehr mit dem Monarchen ein außerordentlich ungezwungener sei, daß der Kaiser selbst voll guter Laune und Witze sei und bei anderen gern Spaß verstehe. „Sie, als amerikanischer Demokrat“, hätte er bemerkt, „müssen eigentlich auf Kaiser und Könige nicht gut zu sprechen sein?“ — „Das hängt ganz von dem persönlichen Wesen der betreffenden Funktionäre ab, Majestät“, antwortete Carnegie. „Abzuziehen“, fügte er hinzu, „Majestät sollten einmal nach Amerika hinüber kommen, der Empfang wäre sicherlich ein jubelnder.“ Der Kaiser erwiderte, daß ihn eine solche Reise sehr interessieren würde; aber er könne nicht so weit und so lang sich entfernen — man brauche ihn. Darauf bat Carnegie um die Erlaubnis, eine Anekdote erzählen zu dürfen, Seine Majestät dürfe aber nicht böse werden. „Rur zu!“ — „Bei uns in Lande war ein großer Fabrikbesitzer, der sich mit der Leitung der Geschäfte höchst plagte, alles bewachte, alles selbst anordnete und sich gar keine Ruhe gönnte. Sein Direktor redete ihm so lange zu, eine Erholungsreise übers Meer zu machen, bis er nachgab. Als er, erschöpft, wieder heimkehrte, rief er dem Direktor freudig zu: „Sie machen sich gar keinen Begriff, wie erlöst ich aufkomme, als ich die Fabrik hinter mir hatte.“ — „Ach, und wir erst, Herr!“ Der Kaiser lachte. Und noch eine zweite Anekdote. Carnegie ist ein großer Anhänger der Weltfriedensidee. Und seine Meinung ist, daß es in der Hand des deutschen Kaisers läge, die Verwirklichung dieser Idee zu beschleunigen. Er bemühte die Gelegenheit der Zusammenkunft in Ael, um das Gespräch auf dieses Thema zu bringen. Der Kaiser erwiderte, daß er ja ohnehin nach Kräften ein Beschützer des Friedens sei — nur nach etwas anderer Methode. „Auf die Methode kommt es aber an, Majestät — da möchte ich mit guttlicher

Erlaubnis noch ein Geschichtchen erzählen. Auf einer Straße fuhr ein zweispänniger Landauer; — vorbei sauste, Staub aufwirbelnd, in rasendem Tempo ein Landem. Als der Lenker des Zweigespanns später dem Landemfahrer vorwarf, auf solche Weise die Leute zu erschrecken, sagte dieser: Ich habe ja auch, wie du, zwei Pferde angespannt, nur nach etwas anderer Methode. — Auf die Methode kommt aber viel an, entgegnete der andere, zum Beispiel ist es doch ein großer Unterschied, ob ich meine Hände so halte (Geste des Betens) oder so: (Geste der langen Nase).“ Der Kaiser lachte wieder. . .“

\* Der Kampf um den Nordpol. Die New Yorker „Evening Post“ verlangt in einem scharfen Leitartikel, Coos soll, bevor er seine Vortragsstour fortsetzt oder die ihn von den New Yorker Stadtverordneten gebotene Ehrung annimmt, Beweise für seine Behauptungen betreffs der Erreichung des Nordpols ausarbeiten, resp. vorlegen. Coos erklärte in den letzten Tagen, es werde etwa drei Monate währen, bevor er sein Material nach Kopenhagen senden könne. Das Blatt verlangt speziell, Coos solle darlegen, wie er in der Nähe des Nordpols so genaue Längenbestimmungen, wie er sie veröffentlicht hat, hat machen können. — Die nationale geographische Gesellschaft in Washington beschloß, den Präsidenten der nationalen Akademie der Wissenschaften, Dr. Ira Remsen, anzusprechen, eine Kommission zu ernennen, die mit der Untersuchung der von Dr. Coos und Peary gemachten Beobachtungen betraut werde.

\* Der Kaiser für die Restauration des Otto-Heinrichsbau. Aber die Anwesenheit des Kaisers im bishöflichen Palais zu Frauenburg am 8. Oktober wird der „Germania“ mitgeteilt, daß die Unterhaltung eine sehr angeregte und lebhaft war. Sie bewegte sich fast ausschließlich auf dem Gebiete der Kunst. Herr Baudirektor Max Reife-Freiburg i. B., der Erbauer des Kaiserpalastes, zog der Kaiser in ein längeres Gespräch über den gegenwärtigen Zustand des Otto-Heinrichsbau und betonte mit größter Entschiedenheit, daß derselbe wieder neu gebaut und seiner ursprünglichen Bestimmung zurückgegeben werden müßte, jetzt, da es noch möglich sei, an der Hand des noch vorhandenen das bedeutende Bauwerk wieder herzu-

stellen und den späteren Generationen zu erhalten. Ganz Deutschland sei an dem Wiedererleben dieses hervorragenden Werkes deutscher Kunst interessiert, unbestimmt um die Wünsche gewisser Archäologen und Liebhaber von Ruinen.

\* Plan einer neuen englischen Südpolar-Expedition. Es war zu erwarten, daß der Expedition Shackletons sehr bald ein neues englisches Südpolarunternehmen folgen werde. Wie der „Globe“ meldet, ist Kapitän R. F. Scott, der Leiter der großen „Discovery“-Expedition, die Shackleton sozusagen den Weg zum Erfolge gebnet hat, in England mit einem Aufruf zu Sammlungen für eine von ihm zu leitende neue Südpolar-Expedition vor die Öffentlichkeit getreten und er scheint hier eine gute Aufnahme zu finden. Die Kosten sind auf 800 000 M. berechnet. Die Ausreise soll im nächsten Jahre stattfinden.

**Theater und Literatur.**

Im Alter von 65 Jahren starb in Dresden der Kammerfänger Heinrich Gubehus nach längerem Leiden. Gubehus war in Riga, Lübeck, Bremen, dann an der Dresdener Hofoper von 1880 bis 1890 und an der Berliner Hofoper von 1890 bis 1896 tätig gewesen.

**Bildende Kunst und Musik.**

In Berlin ist der Musikhistoriker Dr. Alfred Ch. Kalischer, Dozent der Humboldt-Akademie, im Alter von 67 Jahren gestorben. 1873 redigierte er die „Neue Berliner Musikzeitung“ und gab heraus: „Beethovens Beziehungen zu Berlin“, „Aubers Bedeutung für die Tonkunst“, „Pezzing als Musiktheoretiker“, „Muffit und Morat“, „Clemens Brentanos Beziehungen zu Beethoven“, „Die Beethoven-Autographen der I. Bibliothek zu Berlin“. Sein Hauptwerk ist die Gesamtausgabe von Beethovens Briefen. An seinem Todesstag kam sein neuestes Werk „Beethovens Frauenkreis“ heraus.

**Wissenschaft und Technik.**

In Wehingen wurde am Geburtshaus des Chemikers Schönherr, des Erfinders der Schießbaumwolle und des Entdeckers des Ozon, die vom württembergischen Bezirksverein deutscher Chemiker gestiftete Gedenktafel enthüllt. Die Weihrede hielt Prof. Günszermann von Stuttgart.

\* Die sozialen ... hat, besa Sch a d. angenom trauensm 19. Sept. Vertraue Herrn S stand bie m e i d i ä rztlie gelege Bertraue berg-Aro seines M L. T dauert f immerlich r e n z e empfehle größere Themen verleser lungen i wenn e aufgege zubereit Beginn der die habe. A netenha ihrem A scheinu inspekti lich für jahren i Fröhzu den Ar Gebiet kanntm 19. Okt deutsche 4. Halle Königli ferenzte Unterri also ur nen W sollte d Beispie liegt e Lehrer „Päd. Lehrer oder B (allein) laden v von der So tra Sch u gibt et schule, halten stärken und D \* p treffen auf sei zeit m Braun haben Absicht aufzur an die Erstud Necht in C wege Parag (Land Neuf antwal gegen lung schluff es in die B verha fassun welche seht im S ableh der \* Fehrs inter zundä laute i i g z e h e u e n t i den über Si ch verp eines Das Belg Mon Die rung Mi

\* Die erweiterte Gesamtvorstandssitzung der Deutsch-sozialen Partei, die am Sonntag in Eisenach stattgefunden hat, besaßte sich zunächst mit der Angelegenheit des Abg. Schäd. Es wurde dazu einstimmig folgende Entschließung angenommen: „Der erweiterte Gesamtvorstand der Deutsch-sozialen Partei erkennt dankbar den Beschluß der Vertrauensmänner des Wahlkreises Eisenach-Dornbach vom 19. September 1909 an. Der Gesamtvorstand ist mit den Vertrauensmännern der Überzeugung, daß auf Wunsch des Herrn Schäd und mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand die Niederlegung seines Reichstagsmandats unvermeidlich geworden ist. Sie wird erfolgen, sobald die ärztlichen Beobachtungen abgeschlossen sind.“ In der Angelegenheit des Abg. Dr. Böhm wurde beschloffen, den Vertrauensmännern des Wahlkreises Marburg-Frankenberg-Rückheim zu empfehlen, Dr. Böhm zur Niederlegung seines Mandats aufzufordern.

L. Die Schulmeister gegenüber den Schullehrern dauert fort. Die Kösliner Regierung verfügte, wie erinnerlich, im Frühjahr bezüglich der Kreis-Konferenzen der Lehrer des Bezirkes wie folgt: „Wir empfehlen den Herren Kreis-Schulinspektoren, eine größere Zahl von Lehrern mit der Bearbeitung der Themen zu beauftragen, aber nur die beste Arbeit verlesen zu lassen und als Grundlage für die Verhandlungen zu benutzen. Ebenso scheint es uns erforderlich, wenn einer größeren Zahl von Konferenzteilnehmern aufgegeben wird, sich auf eine Probeklektion vorzubereiten.“ Ein weiterer Passus sagte, daß erst bei Beginn der Konferenz derjenige bestimmt werden solle, der die Arbeit zu verlesen und die Lektion zu halten habe. Von dem Abgeordneten Hoff wurde im Abgeordnetenhaus diese Behandlung von Männern, die z. T. in ihrem Beruf grau geworden sind, scharf kritisiert, anscheinend aber ohne Erfolg. Denn im Kreis-Schulinspektionsbezirk Rügenwalde II hatten sich wieder kürzlich sämtliche Lehrer mit weniger als fünfzehn Dienstjahren zu der Konferenz auf eine Lehrprobe über Petri-Frischzug vorzubereiten und einen Entwurf vorher an den Kreis-Schulinspektor einzureichen. Und aus dem Gebiete der Regierung Döbeln wird folgende Bekanntmachung eines Kreis-Schulinspektors für eine am 19. Oktober stattfindende Konferenz berichtet: „Auf die deutsche Lehrprobe (Verhältnismäßig mit dem 3. und 4. Falle) in Klasse 4 haben sich gemäß Verfügung der königlichen Regierung vom 15. Januar d. J. alle Konferenzteilnehmer vorzubereiten. Die Bestimmung des Unterrichtenden erfolgt kurz vorher.“ Es handelt sich also um eine keineswegs lokale Sache, sondern es scheinen Weisungen der Zentralstelle vorzuliegen. Oder sollte die eine Regierung aus eigenem Entschluß das Beispiel der anderen nachgeahmt haben? Auf jeden Fall liegt eine völlige Verkennung des Zweckes dieser Lehrer-Konferenzen vor. Eine Konferenz ist, wie die „Pädag. Zeitung“ hier mit Recht hervorhebt, keine Lehrprüfung oder Schulrevision. Wer etwas Neues oder Befoderes zu bieten hat, der sollte (und nur der allein) zu einem Referat oder zu einer Lehrprobe eingeladen werden, dann würden die Teilnehmer wirklich von der Darbietung und der Vorrede Gewinn haben. So tragen sie nur das bittere Gefühl beim, wie Schulungen behandelt worden zu sein. Es gibt etwas Wertvolleres für die Arbeit in der Volksschule, als immer alle Lehrer in Alarmzustand zu halten: Arbeitslust und Berufsfreudigkeit erhalten und stärken! Das aber macht man anders, als es in Köslin und Döbeln beliebt wurde.“

\* Zur Resolution des Alldeutschen Verbandes, betreffend die Welsenfrage. Der Alldeutsche Verband hat auf seiner diesjährigen Tagung in Schandau, wie seinerzeit mitgeteilt, die unmögliche Resolution beschlossen, Braunschweig zu einem Reichslande zu machen. Daraus haben die Welsen ihre Konsequenzen gezogen und in der Absicht, die Welsenfrage in der breiten Öffentlichkeit aufzurollen, hat der Chefredakteur Langroß in Hannover an die königliche Staatsanwaltschaft zu Dresden das Erlauchen um Einleitung eines Verfahrens gegen den Rechtsanwalt Glah in Mainz, den Chefredakteur Pohl in Essen und den Rechtsanwalt Dr. Weisold in Bremen wegen Vergehens gegen den Paragraphen 81 Absatz 2, wegen Vergehens gegen den Paragraphen 86 des Strafgesetzbuchs (Landesverrat) gerichtet. Wie die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ melden hat jedoch die Staatsanwaltschaft in ablehnendem Sinne geantwortet, da eine anwaltliche in abgelehnten Paragraphen verstößende Forderung aus den Schandauer Verhandlungen und Regelung nicht hergeleitet werden kann. Weiter heißt es in diesem Beschlusse, soweit in diesen Verhandlungen die Frage der Erbfolge im Herzogtum Braunschweig verhandelt worden ist, kommen lediglich politische Auffassungen und politische Erwägungen, sowie Vorschläge, welche auf diesen Erwägungen beruhen, in Betracht. Es fehlt aber darüber an Erfordernissen der „Gewalt“ im Sinne der angezogenen Gesetzesstellen. Gegen diesen ablehnenden Bescheid hat der Antragsteller Berufung bei der Oberstaatsanwaltschaft in Dresden eingelegt.

\* Die internationale Regelung des Automobilverkehrs. In den Abmachungen der Pariser Konferenz zur internationalen Regelung des Automobilverkehrs wird zunächst die Ausstellung eines in allen Ländern gleichlautenden, für ein Jahr gültigen Fahrberechtigungscheines für die Automobilfahrer vorgeesehen. Die Automobile sollen so gebaut sein, daß Gefahr sowie Geräusche und Rauchentwicklung auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Ferner enthält die Abmachung Bestimmungen über eine gleichmäßige Auszeichnung der Automobile mit Sicherheits- und Erkennungszeichen und verpflichtet die beteiligten Staaten zur Anwendung eines einheitlichen Signalsystems auf den Fahrstraßen. Das Abkommen wurde von den Vertretern Deutschlands, Belgiens, Bulgariens, Frankreichs, Italiens, Montenegro, Rumaniens und Serbiens unterzeichnet. Die Vertreter der anderen Mächte werden ihren Regierungen zunächst Bericht erstatten. — Der Minister Müller wandt präsidentierte in der heutigen Schlußsitzung

der internationalen Konferenz zur Regelung des Automobilverkehrs. Der Minister wies auf den Wunsch der Mitglieder der Konferenz hin, ein Abkommen zu erzielen. Der Minister erklärte, daß diese Versammlung im großen Maße den Fortschritt und die Zivilisierung fördere; er erkläre sich die Mitglieder der Konferenz, ein einfaches und praktisches Mittel in Form des internationalen Fahrscheines getroffen zu haben. Der Hauptpunkt der Konferenz ist der Wunsch der Mitglieder gewesen, zu einer Verständigung zu gelangen. Dieses befriedigende und schnelle Ergebnis ist größtenteils den Vorarbeiten der beiden Ausschüsse zu verdanken, während der Vorsitzende, Baron von Landen-Lakowitz und Lagaffe die Arbeiten geleitet haben. Auf die Rede des Ministers antwortete im Namen der Regierung der serbische Delegierte Bestmich. Der italienische Delegierte Cuatrecasas dankte im Namen der fremden Touristen-Gesellschaft.

ab. Ein Braunschweiger Maskenprozeß gegen deutsche Redakteure. Ein Masken-Prozeß, wie er in solchem Umfange kaum jemals ein deutsches Gericht beschäftigt hat, wird sich im Anschluß an den soeben beendeten Erpresserprozeß Dahfel-Schwardt demnächst vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Mitte abspielen. Der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Bruhn, der im Dahfel-Schwardt-Prozeß als Verleger der „Wahrheit“ eine so eigenartige Rolle gespielt hat, stellt sich durch einen Artikel der Zeitungskorrespondenz „Deutsche Journalpost“ (Schweder und Herfsch) in Berlin beleidigt, den die genannte Korrespondenz Ende August d. J. an die von ihr bedienten Zeitungen versandt hat. In diesem Artikel war die Erpresseraffäre eingehend geschildert und schon damals darauf hingewiesen worden, daß der Redakteur Dahfel kaum als der Hauptschuldige anzusehen sei, da er sich länger als ein Jahrzehnt hindurch als Journalist und Redakteur eintwandsfrei geführt habe und also erst nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst für Tageszeitungen, bezw. seinem Eintritt in die Redaktion der „Wahrheit“ und dem Standaßblattchen „Die Wahrheit“ des Reichstagsabgeordneten Bruhn korrumptiert worden sein könne. Durch die letzte Wendung fühlte sich Herr Bruhn beleidigt und erhob nun in den letzten Wochen eine ganze Serie von Privatklagen gegen die Zeitungen, die jenen Artikel der „Deutschen Journalpost“ übernommen hatten, und gegen den Herausgeber dieser Korrespondenz, den Journalisten Paul Schweder in Berlin. Da nun die „Deutsche Journalpost“ über 300 deutsche Zeitungen bedient und der Kläger Bruhn die gemeinliche Verhandlung sämtlicher Privatklagen vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte beantragt hat, so wird sich vor diesem Gericht demnächst ungefähr ein allgemeiner deutscher Redakteurtag zusammenschließen, bei dem sich Gelegenheit bieten dürfte, die Affäre Bruhn im Anschluß an die Ergebnisse des Dahfel-Schwardt-Prozesses noch etwas eingehender zu erörtern. — Im übrigen ist gegen Herrn Bruhn als Verleger ein Ermittlungsverfahren im Gange. Der Staatsanwalt hat die von der Verteidigung gestellten Verweisanträge zur Kenntnis genommen und die Untersuchung angeordnet.

\* Gegen die Bildung neuer Familienidellommissionen richtet sich ein Antrag, den die bayerische liberale Fraktion soeben in der bayerischen Kammer eingebracht hat. Danach soll sowohl die Bildung neuer, wie die Vergrößerung des Grundbesitzes bereits bestehender Familienidellommissionen ausgeschlossen werden.

\* Weitere Arbeiterentlassungen in der Tabakindustrie. In der hamburgischen Tabakindustrie dauern die Arbeiterentlassungen noch immer an. Ausgeschlossen waren bereits 300 Arbeiter; in der letzten Woche sind noch weitere 800 entlassen worden.

\* Das preussische Staatsministerium trat gestern zu einer Sitzung zusammen.

Der preussische Banknoten in Zirkulation schreibt man uns: Es scheint vielfach die Ansicht, daß mit der Einführung der Markwährung alle früher in Umlauf befindlichen alten Banknoten außer Kurs gesetzt sind. Und infolgedessen werden zuweilen Banknoten in Zirkulation, von denen immer noch ein gewisser Bestand in Umlauf ist, verworfen. Diese Auffassung ist jedoch unzutreffend. Es handelt sich dabei um Noten der vorläufigen Preussischen Bank, die im Jahre 1875 in die Reichsbank umgewandelt wurde. In dem Bankgesetz vom gleichen Jahre ist eine Einlösung für die Noten der Preussischen Bank überhaupt nicht vorgesehen worden, so daß diese auch heute jederzeit bei allen Reichsbankstellen in Gold umgelöst werden können. Im Beginn des Jahres 1890 belief sich der buchmäßige Wert der noch im Umlauf befindlichen alten Noten auf 12 Millionen mit Inkursivwert von 400 000 M. mit Markwährung. Diese Beträge wurden damals auf Grund einer Novelle zum Bankgesetz von der Reichsbank an die Reichskasse gezahlt, wogegen das Reich alljährlich der Reichsbank den Betrag zurückzahlt, welcher zur Einlösung der präventierten Noten erforderlich ist. Diese Maßregel verfolgte den Zweck, den wachsenden Geldbedarf, der aus der Währungsreform erwuchs, zu decken. Am Schlusse der letzten Jahre gelangten etwa für 18 000 M. alte Noten jährlich zur Eingehung.

Gener und Flotte. Generallieutenant v. Pelet-Rabonne †. In der Nacht vom Sonntag zum Montag ist in seiner Wohnung in Charlottenburg der Generallieutenant z. D. v. Pelet-Rabonne gestorben. Der Verstorbene machte den deutsch-österreichischen Feldzug mit und hat sich auch in dem Feld-Österreichischen Feldzug mit und hat sich auch in dem Feldzug von 1870/71 hervorgetan. Im Jahre 1874 wurde er zum Kriegsministerium berufen, am 22. März 1889 rückte er in den Rang eines Generalleutnants auf, 1891 wurde er in den Rang eines Generalmajors befördert. 1894 wurde Generallieutenant gestellt. Sein 50jähriges Offiziersjubiläum feierte er am 11. Dezember v. J. Der Verstorbene war ein hervorragender Reitergeneral und ein Militärchriftsteller von Ruf. Auch sozialpolitisch ist er hervorgetreten. Sein Werk ist der „Verein zum Schutze der Kinder vor Ausnutzung und Mißhandlung“.

Deutsche Kolonien. DKG. Von der Kameruner Mittellandbahn. Die sogenannte Kameruner Mittellandbahn, die von Duala über Edea in den Südoften der Kolonie geplante Strecke, ist im März dieses Jahres begonnen worden. Ende Juli standen die Arbeiten nach einem Bericht des „Deutschen Kolonialblattes“ wie folgt: Die Absteckung der Linie bis Kilometer 18 ist beendet und bis Kilometer 24

in Arbeit. In Duala sind die Erdarbeiten zur Auffüllung des Bahnhofsplatzes und bis Kilometer 12 der Strecke im Gange. Eine nächste wichtige Arbeit wird die Überbrückung des Dibambusflusses sein. Ungefähr bei Kilometer 20 ist mit der Anlegung eines Steinbruchs begonnen worden. In Duala hat man eine 220 Meter lange provisorische Landungsbrücke erbaut, die bis auf die Plattform am Brückenkopf beendet ist. Nach Angaben der Lokalbehörden wird die Festlegung der Grundstücke zur Ansiedlung der bisher auf dem Bahnhofsgelände ansässigen Eingeborenen in etwa drei Wochen erfolgt sein, so daß nach Auszahlung der Entschädigung mit der Errichtung der Gebäude für die Beamten begonnen werden kann. Auch von der Wafeler Mission soll Grund und Boden käuflich erworben werden. Im Juli waren rund 2400 Arbeiter beschäftigt, von denen 1500 Vertragsarbeiter waren.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Ein Denkmal zu Ehren Deutschlands.

In Wien hat sich nach einer Meldung des „N. Wiener Tagbl.“ ein Komitee gebildet, das die Schöpfung eines Denkmals zur Erinnerung an die anlässlich der Kriegsjahre bewährte Treue Deutschlands zur Durchführung bringen soll. Die Kosten in Höhe von 57 000 Kronen sind schon zur Hälfte gedeckt.

Das Unterrichtsministerium genehmigte nunmehr die Abhaltung des von Professor Wahnund an der Prager juristischen Fakultät angekündigten Kolloquiums über Kirchenrecht.

In der Abgeordneten-Konferenz beim Bürgermeister Zueger wurde einhellig beschlossen, in den Landtagen der vier rein deutschen Kronländer Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg Anträge, betreffend den Gebrauch der deutschen Sprache im Landtag, der Landesverwaltung und bei den Gemeinden, einzubringen.

Italien.

Heute finden in Rom, Mailand und allen großen Städten Italiens Protestmeetings gegen die Beurteilung Ferrers statt. Während der Meetings soll die Arbeit ruhen. Das Blatt „Vita“ fordert den König auf, die Begnadigung des Beurteilten zu erwirken.

Schweiz.

Der schweizerische Lehrerverein beschloß in seiner Jahresversammlung in Zürich einstimmig, eine allgemeine Sammlung in der ganzen Schweiz zur Erwerbung des Reuhofes bei Birr im Kanton, wo Pestalozzi gewirkt hatte, und seiner Ausgestaltung zu einer Heimstätte für anormale Kinder zu veranstalten.

Frankreich.

Wie die „Agence Havas“ meldet, ist die Operation der Polizeitruppen im Abzugsgebiet in Französisch-Westafrika beendet. Die Abteilung des Obersten Gouraud ist am 20. September nach Säben marschiert.

Niederlande.

Vor dem spanischen Konsulat in Amsterdam veranstaltete gestern Abend eine wahrscheinlich aus Anarchisten bestehende Menge lärmende Kundgebungen gegen die Strafverfolgung Ferrers. Die Manifestanten sangen sozialistische Lieder und versuchten, allerdings vergeblich, das Wappenschild herunterzureißen. Die Polizei zerstreute schließlich die Aufwiegler.

England.

Von der Admiraltät wird die Bildung eines neuen Mobilisationsdepartements angekündigt. Die an der Spitze dieses Departements und des Nachrichtendepartements stehenden Offiziere sollen mit dem Hilfssekretär der Admiraltät unter dem Vorherrsche des ersten Seelords einen ständigen Marinekriegsgerichtshof bilden.

Lloyd Georges Rede in New-Castle wird allgemein als eine letzte Erklärung aufgefaßt, daß das Kabinett kein Kompromiß in der Finanzbilanz annehmen werde.

Schweden.

Das „sozialdemokratische Gericht“. Gleichzeitig mit dem schon mitgeteilten Bombententat gegen den Direktor des schwedischen Exportvereins Jon Hammer in Stockholm erhielt Fabrikdirektor Sjoeholm in Göteborg ein ähnliches Postpaket, das aber von dessen Sohn entgegengenommen wurde. Dieser schloß Verdaß und wollte das Paket zur Polizei bringen. Es kam ihm aber auf dem Wege dorthin abhanden, wahrscheinlich wurde es ihm gestohlen. In Verbindung mit den Attentaten erhielten mehrere Zeitungen Briefe, die die Unterschrift trugen: „Exekutivkomitee des sozialdemokratischen Gerichts.“ In den Briefen waren die Gründe zu den Attentaten dargelegt. Polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet.

Spanien.

Neue Beschwichtigungserklärungen. Die „Adm. Sig.“ meldet aus Madrid vom 11. d. M.: Nach dem gestrigen Ministerrat hat der Minister des Äußern eine neue Erklärung abgegeben, die offenbar beruhigend wirken soll. Er sagte, die Aussagen d'Amades und der französischen Presse entsprächen nicht der korrekten Haltung des Pariser Kabinetts. Es handle sich nur noch darum, den Frieden in Marokko herzustellen. Ob alle angenommenen Stellen dauernd besetzt bleiben, ließe sich zurzeit noch nicht sagen, das hänge teilweise auch von den Verhandlungen mit der marokkanischen Gefandtschaft ab, die ebenfalls ihrem Ende entgegengingen. Die energische militärische Aktion habe auch auf den Sultan gewirkt, so daß dessen Haltung jetzt viel freundlicher sei und infolgedessen eine friedliche Lösung auf dem besten Wege sei.

Persien.

Infolge der letzten eingetretenen verhältnismäßigen Beruhigung in Tabris beschloß die russische Regierung, einen Teil ihrer Truppen abzuberufen, und zwar vier Kompagnien Infanterie, eine halbe Kompagnie Sappeure





